

Erklärung der Selbsthilfegruppe "Versöhnung in Wahrheit"

Am 28.11.1994 traf sich eine Gruppe von kirchlichen Mitarbeitern in Berlin, die zu DDR-Zeiten vom MfS und anderen SED-Organen unter Beteiligung von kirchlichen Mitarbeitern "bearbeitet" wurden, und die sich jetzt Ausgrenzungen, Verdächtigungen und dem Vorwurf der Unversöhnlichkeit ausgesetzt sehen. Die Gruppe weiß, daß zahlreiche Christen und speziell kirchliche Mitarbeiter Klage darüber führen, daß ihre Kirchen über das Geschehene lieber schweigen, zum Schweigen veranlassen und Geschehenes verharmlosen. Es sind unter Betroffenen schwere Enttäuschungen, Resignation, ohnmächtige Wut und Vereinsamung zu beobachten. Wir sehen, daß Menschen unverschuldet bedrängt werden und die einladende, offene und öffentliche Kirche durch den Glaubwürdigkeitsverlust ihre missionarische Kompetenz einbüßt.

Darum haben wir heute die Selbsthilfegruppe "Versöhnung in Wahrheit" gegründet.

1. Wir stellen fest: Verdeckte Gespräche mit dem MfS und anderen SED-Organen führten de facto zu einer Anerkennung der Unrechtspraxis und widersprechen damit grundsätzlich dem Öffentlichkeitscharakter der Kirche. Solche Gespräche haben vielmehr die Kirche in Abhängigkeit zu den ihr feindlich gesinnten Mächten gebracht und die Betroffenen entmündigt, sie oft genug gedemütigt und ihnen geschadet. Wer solche Gespräche im nachhinein immer wieder rechtfertigt, schadet fortgesetzt der Kirche und den Menschen, über die konspirativ verhandelt wurde.

2. Wir stellen fest: Diese Gespräche haben Mittel und Strukturelemente der Diktatur in die Kirche eingetragen. Wer diese Gespräche im nachhinein noch rechtfertigt, öffnet auch für zukünftige Entscheidungen dem Grundsatz Tür und Tor, daß der Zweck die Mittel heiligt, und daß Einzelne beliebig und ohne öffentliche Kontrolle wichtige Weichenstellungen vornehmen dürfen.

3. Wir finden uns nicht damit ab, daß denjenigen, den Unrecht, Verrat, Zersetzung, Vertrauensbruch und Unbrüderlichkeit widerfahren ist, heute abverlangt wird, daß sie ihre Klage nicht öffentlich machen und geheim halten, um der Kirche nicht zu schaden. Solche Ansinnen stellen neues Unrecht dar, da sie die Last der Bewältigung der Vergangenheit ganz auf die Schultern der Betroffenen legen und Recht und Vergebung verhindern.

4. Wir warnen dringend davor, das Verhalten Betroffener "verständnisvoll" als durch ihr Schicksal "psychisch Geschädigte" einzuordnen und sie dementsprechend persönlich und kirchenrechtlich auszugrenzen.

Wir sind uns gewiß: Gemäß dem Evangelium entspricht man jeder Schuld nur durch Reue, durch Bitte um Vergebung und durch echtes Ringen um dauerhaften Wandel. Wir finden uns nicht damit ab, daß die innerkirchliche und gesellschaftliche Versöhnung auf der Grundlage von Vergessen und Verdrängen von Unrecht und von Ignorieren und Diskriminieren der Bedrängten und Verfolgten betrieben wird.

Deshalb rufen wir Betroffene von MfS- und SED-Zersetzungsmaßnahmen auf, ihre Klage öffentlich zu machen, sich uns anzuschließen oder sich auf andere Weise zusammenzuschließen, um der Isolierung einzelner Fälle entgegenzuwirken.

Deshalb wollen wir mit zentralen kirchlichen Dienststellen ins Gespräch kommen, um die geplante Opferberatung durch besondere Beauftragte bald einzurichten. Deshalb versucht sie die Mitglieder der Selbsthilfegruppe in der

Wahrnehmung ihrer Interessen zu stützen und gegen Angriffe zu verteidigen. Sie will seelsorgerlichen Beistand leisten.

Sie wird um der Zukunft der Kirche willen nicht müde werden, den Ruf zur Umkehr zu erheben.

Dr. Ulrich Woronowicz, Superintendent i.R.

Ehrhart Neubert, Pfarrer (als Sprecher der Gruppe)

Erstunterzeichner: Joachim Goertz, Pfarrer? Rudi Pahnke, Pfarrer; Dietmar Linke, Pfarrer; Sebastian Neuß, Vikar; Ludwig Mehlhorn, Studienleiter; Maria und Dipl.-Forsting. Kurt Matthey; Hans-Martin Kohlmann, Pfarrer.